

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 28

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

Artikel 28

(1) Unbeschadet der übrigen Bestimmungen dieses Vertrags und insbesondere der Artikel 25 bis 27 dieses Titels über die Entwicklungszusammenarbeit führt die Union im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Maßnahmen der wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Zusammenarbeit mit Drittländern durch. Die Maßnahmen der Union und die Maßnahmen der Mitgliedstaaten ergänzen und verstärken sich gegenseitig. ~~Den Rahmen für diese Maßnahmen bilden die in Artikel 1 dieses Titels aufgeführten Grundsätze und Ziele des außenpolitischen Handelns der Union.~~

(2) Das Europäische Parlament und der Rat nehmen nach dem Gesetzgebungsverfahren die zur Durchführung des Absatzes 1 erforderlichen Gesetze und Rahmengesetze an.

(3) Die Union und die Mitgliedstaaten arbeiten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten mit Drittländern und den zuständigen internationalen Organisationen zusammen. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit der Union können in Abkommen zwischen dieser und den betreffenden dritten Parteien geregelt werden, die nach Artikel 33 dieses Titels ausgehandelt und geschlossen werden. ~~Der Rat beschließt einstimmig in Bezug auf Assoziierungsabkommen im Sinne des Artikels 32 Absatz 2 dieses Titels sowie in Bezug auf Abkommen, die mit Staaten zu schließen sind, die den Beitritt zur Union beantragt haben.~~

Parteien geregelt werden, die nach Artikel 33 dieses Titels ausgehandelt und geschlossen werden.

Unterabsatz 1 berührt nicht die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, in internationalen Gremien zu verhandeln und internationale Abkommen zu schließen.

Unterabsatz 1 berührt nicht die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, in internationalen Gremien zu verhandeln und internationale Abkommen zu schließen.

Explanation (if any) :

Absatz 1:

Streichung des Satzes 3. Dies ergibt sich bereits aus der Systematik des Titels "Außenpolitisches Handeln der Union".

Absatz 3:

Streichung des Satzes 3. Die Notwendigkeit einstimmiger Ratsbeschlüsse ergibt sich bereits aus Art. 33 Absatz 9, auf den im Satz 2 verwiesen wird.